

Klimaneutralität 2045: Die Grundlage ist entfallen!

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 13. Mai 2026, 09:25

Die politische Zielsetzung, Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu machen, muss vollständig neu bewertet werden.

KLIMAPOLITIK NEU DENKEN!

KLIMANEUTRALITÄT 2045:

DIE GRUNDLAGE IST ENTFALLEN!

Deutschland verursacht nur

1,45 %
des globalen CO₂

Beim neuen Temperaturwert
des Weltklimarates bedeutet das
nur kaum messbare **0,0145 °C**
weniger in 76 Jahren!

Für CO₂-Reduzierungen soll Deutschland laut
Gutachten des Deutschen Bundestages

1.300 MILLIARDEN €
bezahlen!

FÜR 0,0145 °C?



WOLLEN WIR WIRKLICH...

- ❓ 1.300 Milliarden € ausgeben für 0,0145 °C weniger?
- ❓ Unsere Industrie, Arbeitsplätze und unseren Wohlstand aufs Spiel setzen?
- ❓ Heizungsgesetz und Verbrennerverbot weiter durchziehen?
- ❓ Eine Verschuldung in dieser Höhe unseren Kindern aufbürden?
- ❓ Neue Erkenntnisse des Weltklimarates einfach ignorieren?
- ❓ Macht das alles überhaupt noch Sinn?

DIE FOLGEN DER KLIMAPOLITIK:

- ✗ Steigende Energiepreise
- ✗ Belastung für Bürger und Unternehmen
- ✗ Verlust von Industrie und Arbeitsplätzen
- ✗ Deindustrialisierung und Abwanderung
- ✗ Weniger Wohlstand und soziale Sicherheit
- ✗ Höhere Schulden für kommende Generationen

BESSERE SCHULEN
SICHERE RENTEN
LEBEN IM WOHLSTAND

ZEIT FÜR EINE NEUE
KLIMAWAHRHEIT, KLIMAERLICHKEIT
UND KLIMAGERECHTIGKEIT!

Diese Fragen gehören offen diskutiert im
Europaparlament, im Deutschen Bundestag
und in allen 16 Landesparlamenten!



ECHTER UMWELTSCHUTZ STATT IDEOLOGIE

SCHUTZ DER WELTMEERE

Vor Raubfischern, vor allem
aus China. Entmüllung der
Meere und Bekämpfung der
Plastikflut. Reinigung der zehn
größten Flüsse, die 90 % des
Mülls in unsere Ozeane leiten. ✓



SCHUTZ DER NATURWÄLDER

Erhalt der letzten großen
Urwälder am Amazonas,
in Afrika und Asien. ✓



HILFE FÜR URVÖLKER

Unterstützung und Schutz
der letzten indigenen Völker
und ihrer Lebensräume. ✓



**DAS SIND DIE VERGESSENEN
KERN-AUFGABEN DES UMWELTSCHUTZES!**

FÜR KLIMAREALISMUS, VERNUNFT UND ECHTEN UMWELTSCHUTZ!

BEZAHLBARE ENERGIE – STARKE WIRTSCHAFT – SOZIALE GERECHTIGKEIT – ZUKUNFT FÜR UNSERE KINDER

Die wirtschaftliche und politische Grundlage dieser Strategie steht auf dem Prüfstand. Nach verschiedenen Schätzungen belaufen sich die Kosten für die Umsetzung auf mehr als 1.300 Milliarden Euro. Diese Summe müssten Bürger, Unternehmen und der Staat über höhere Energiepreise, zusätzliche Abgaben, steigende Staatsverschuldung und sinkende Investitionsspielräume tragen.

Deutschland verursacht nur einen sehr kleinen Anteil der weltweiten CO₂-Emissionen. Selbst eine vollständige Reduzierung der deutschen Emissionen auf null hätte auf die globale Temperaturentwicklung nur einen sehr begrenzten Einfluss.

Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der derzeitigen Klimapolitik bereits deutlich spürbar. Strom, Heizen und Mobilität werden teurer. Unternehmen verlieren im internationalen Wettbewerb an Boden. Industrieproduktion wird ins Ausland verlagert. Arbeitsplätze gehen verloren. Der wirtschaftliche Druck auf Mittelstand, Industrie und private Haushalte nimmt kontinuierlich zu.

Die entscheidende Frage lautet daher: Ist es verantwortbar, mehr als 1.300 Milliarden Euro aufzuwenden, wenn der Einfluss auf das Weltklima nur sehr gering bleibt? Dieses Geld fehlt an anderer Stelle. Es fehlt für bessere Schulen, für moderne Infrastruktur, für sichere Renten, für Pflege, für innere Sicherheit und für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Besonders betroffen von der aktuellen Klimapolitik sind energieintensive Branchen wie die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, die Stahlindustrie und der industrielle Mittelstand. Wenn Energie dauerhaft teuer bleibt und zusätzliche Vorschriften Investitionen erschweren, verliert Deutschland seine industrielle Basis. Damit geraten Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Stabilität in Gefahr.

Vor diesem Hintergrund müssen politische Maßnahmen wie das Heizungsgesetz, das Verbrennerverbot, steigende CO₂-Abgaben und umfangreiche Sanierungspflichten vollständig auf den Prüfstand. Wenn der wirtschaftliche und soziale Schaden in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen steht, dürfen diese Maßnahmen nicht unverändert fortgeführt werden.

Diese Debatte gehört offen und ohne ideologische Vorgaben in das Europäische Parlament, in den Deutschen Bundestag und in alle Landesparlamente. Die Bürger haben Anspruch auf eine ehrliche Diskussion über Kosten, Nutzen und Folgen der Klimapolitik.

Deutschland braucht Klimarealismus, Kostenwahrheit und Technologieoffenheit. Umweltpolitik muss sich an Vernunft, Verhältnismäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit orientieren. Der Schutz von Natur und Umwelt bleibt eine zentrale Aufgabe, darf sich jedoch nicht ausschließlich auf CO₂ konzentrieren. Echte Umweltpolitik umfasst auch den Schutz der Weltmeere vor Überfischung, die Bekämpfung von Plastikmüll, den Erhalt der großen Regenwälder sowie den Schutz natürlicher Lebensräume und indigener Völker.

Deutschland darf seine industrielle Stärke, seine Arbeitsplätze und seinen Wohlstand nicht durch eine Politik gefährden, deren Kosten enorm sind und deren Nutzen im Verhältnis dazu begrenzt bleibt.

Notwendig ist eine Politik der Vernunft, die bezahlbare Energie sichert, wirtschaftliche Stärke erhält, soziale Sicherheit schützt und echten Umweltschutz in den Mittelpunkt stellt.